

Verwirrspiel, Unsicherheit und Chaos: das Ende der Ära Fujimori

Steinhauf, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinhauf, A. (2000). *Verwirrspiel, Unsicherheit und Chaos: das Ende der Ära Fujimori*. (Brennpunkt Lateinamerika, 19). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444797>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 19

6. Oktober 2000

ISSN 1437-6148

Verwirrspiel, Unsicherheit und Chaos: Das Ende der Ära Fujimori

Andreas Steinhauß

Am Abend des 16. September hat der peruanische Präsident in einer Fernsehansprache unerwartet Neuwahlen, ohne eigene Beteiligung, sowie die Auflösung des Geheimdienstes SIN (Servicio de Inteligencia Nacional) angekündigt. Grund dafür war die Enthüllung einer Bestechungsaffäre des mächtigen Geheimdienst- und Präsidentenberaters Vladimiro Montesinos. Doch eigentlich ist die „Video-Affäre“ nur jener sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Erst jüngst hatte sich die Regierung mit der öffentlichen Bekanntgabe der angeblichen Zerschlagung eines Waffenhändlerringes durch den SIN selbst in einen Skandal internationalen Ausmaßes manövriert. Es gilt als sicher, dass die beiden jüngsten Skandale in unmittelbarem Zusammenhang stehen, dadurch oppositionelle Strömungen im Militär- und Sicherheitsapparat die Oberhand gewonnen und Fujimori seine Machtbasis eingeüßt hat. Zudem sollen die USA, durch ein Telefongespräch der US-Außenministerin Madeleine Albright mit Fujimori, diesen unter Druck gesetzt und ihn damit letztendlich zu dem Schritt bewogen haben. Während die Opposition nun vehement die Verhaftung und Verurteilung von Montesinos sowie den sofortigen Rücktritt Fujimoris fordert, blieb der Aufenthaltsort des zwielichtigen Beraters lange Zeit unbekannt, bis er sich schließlich nach Panama absetzte. Zwar ist damit die zentrale und gefährlichste Figur der Turbulenzen erst einmal außer Landes, doch ist die Krise noch lange nicht ausgestanden. Fujimori will auf jeden Fall bis Juli 2001 im Amt bleiben, und ein Termin für Neuwahlen ist noch nicht angesetzt. Zudem bleibt die gesplante Armee, trotz ihrer sehr späten Unterstützungsbekundungen für den Präsidenten ein Überraschungsfaktor, so dass auch weiterhin ein Klima der allgemeinen Ungewissheit und Spannung vorherrscht.

Mit einem derart jähen Ende der erst kürzlich begonnenen dritten Amtsperiode Fujimoris konnte kaum jemand rechnen, auch wenn dies angesichts der beiden jüngsten Skandale nicht völlig aus heiterem Himmel kam. Zu oft schon hatte das Regime zuvor ähnliche Krisen erfolgreich überstanden. So ist denn auch die Skepsis vieler Beobachter angesichts der Ankündigung des Präsidenten nicht verwunderlich. Zwar wurde sie von

Teilen der Bevölkerung auf den Straßen Limas sowie in anderen Städten Perus noch am selben Abend frenetisch gefeiert, jedoch sollte man nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Regime Fujimori seine Bekanntmachung mit Vorsicht genießen. Mögliche Überraschungen könnten folgen, denn noch sitzt Fujimori im Regierungspalast und ein Termin für Neuwahlen ist frühestens für März 2001 anvisiert. Auch ohne die physi-

sche Präsenz des zwielichtigen Strippenziehers Montesinos werden die im Korruptionssumpf steckenden und ihm getreuen Generäle alles versuchen, sich an der Armeespitze zu halten und so eventuellen Bestrafungen zu entgehen.

Die Ereignisse

Am 14. September strahlt der peruanische Kabelfernsehsender *Canal N* die Aufzeichnung eines Videobandes aus, auf dem der De-Facto-Chef¹ des peruanischen Geheimdienstes und Präsidentenberater Vladimiro Montesinos bei der Übergabe von 15.000 US-Dollar in bar an den Parlamentsabgeordneten von *Perú Posible* (Gruppierung Alejandro Toledo), Alberto Kouri, zu bewundern ist, um diesen zu einem Wechsel in die Reihen der Fujimori-Partei *Peru 2000* zu ermuntern. Das Band ist der Opposition – konkret: Fernando Olivera vom *Frente Independiente Moralizador* (FIM) – offensichtlich von einem Offizier der Marine zugespielt worden. Nach der skandalösen „Wahl“ im April und Mai dieses Jahres (*Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 12-00 und Kurzinfo Nr. VI) und den Waffentransfers an die kolumbianische Guerrilla *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC), ist dies nun der dritte schwere Skandal in Folge, der das peruanische Regime erschüttert.

Zunächst reagiert nur die Opposition öffentlich, indem sie die sofortige Festnahme Montesinos', den Rücktritt Fujimoris sowie Neuwahlen fordert. Auf Seiten des Regimes herrscht zunächst Funkstille. Innerhalb des Machtapparates kommt es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Montesinos und Fujimori, in der der Geheimdienstmann dem Präsidenten eröffnet haben soll, dass sich zwölf weitere Videos in den Händen der Opposition befinden. Dabei, so wird lanciert, soll es zu einem heftigen Wortgefecht und schließlich zum vorläufigen Bruch zwischen beiden gekommen sein. Montesinos soll einen vom Präsidenten befohlenen Rücktritt schlichtweg abgelehnt haben. Er ist sich sicher, den größeren und wichtigeren Teil der Armee auf seiner Seite zu haben. Fujimori dagegen muss nun fürchten, dass die Armee, im Fall der Fälle, seinen Befehlen nicht mehr Folge leisten wird. Zudem nimmt sowohl der nationale Druck, vor allem seitens der Unternehmerverbände, die wollen, dass Montesinos aus der Machtzentrale entfernt wird, als auch der Druck durch die USA

enorm zu. Vor allem Letztere zwingen Fujimori zum Handeln. Am 16. September entschließt sich der Präsident dann zu einer Fernsehansprache, in der er Neuwahlen, ohne eigene Beteiligung, und die Auflösung des Geheimdienstes SIN ankündigt. Er sagt freilich weder, wann die Neuwahlen stattfinden sollen, noch, wer die Amtsgeschäfte bis dahin übernehmen soll. Vielmehr versucht er seine Entscheidung als einen Akt moralischer Größe und des Patriotismus darzustellen. Verbale Unterstützung findet der Präsident bei diesem Unterfangen in den folgenden Tagen bei seinen politischen Freunden.

Die Ankündigung wird zunächst von allen Seiten mit ungläubigem Staunen und Überraschung, großenteils mit Erleichterung und Freude aufgenommen. In fast allen Städten des Landes feiert die Bevölkerung noch am selben Abend auf den Strassen, viele in dem Glauben, der Präsident sei nun zurückgetreten. Doch der Freude sollte rasch die Ernüchterung folgen, denn nun eröffnet sich ein Panorama tagelanger Ungewissheit, Spannung und Verwirrung:

- Vladimiro Montesinos, geschützt von einer militärischen Spezialeinheit und zusammen mit der ihm getreuen Armeespitze „verschantzt“ sich regelrecht in der Geheimdienstzentrale. Es ergeht kein Haftbefehl gegen ihn, niemand aus dem Regierungslager gibt eine öffentliche Stellungnahme zu Montesinos, dessen Aufenthaltsort und dem Video-Skandal ab, und niemand hat Zutritt zu dem militärisch abgeriegelten Geheimdiensttrakt. Was viele besonders beunruhigt, auch das Militär gibt keinerlei Stellungnahme ab. Im Übrigen tun die „Politiker“ des *Oficialismo* so, als sei nichts geschehen.
- Die Opposition fordert die sofortige Aufklärung über den Aufenthaltsort des Präsidentenberaters und seine Festnahme. Solange dies nicht geschieht, will sie sowohl den Kongress als auch den seit dem 15. August unter der Schirmherrschaft der OAS stattfindenden Dialog mit der Regierung boykottieren. Wenig später sind Teile der Opposition jedoch wieder bereit, den Dialog aufzunehmen. Im Übrigen ist wenig Substantielles von Seiten oppositioneller Politiker zu hören. Dem Ex-Rivalen Fujimoris, Alejandro Toledo, etwa fällt als Ausweg aus der schweren politischen Krise zunächst nichts Besseres ein, als dass die Opposition möglichst bald

¹ Offiziell war Montesinos lediglich als Berater des peruanischen Geheimdienstes tätig. Er hatte damit kein öffentliches Amt inne.

einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen habe, der am Besten er selbst sein solle.

- Die ersten der zu *Peru 2000* „desertierten“, ehemals oppositionellen Parlamentarier haben das sinkende Schiff bereits wieder verlassen und ihren Rückzug aus der Gruppierung des *Oficialismo* verkündet.
- Fujimori nutzt die erste sich ihm bietende Gelegenheit, um Popularität zu erheischen und persönlich zu profitieren. Bei einer getreu nach Wahlkampfschema von der Regierung organisierten Sympathie-Kundgebung für den Präsidenten der *Clubes de Madres* vor dem Regierungspalast, verlässt Fujimori „spontan“ eine Kabinettsitzung, um sich zusammen mit seiner Tochter zu zeigen und dem Volk triumphierend zuzujubeln.
- In einer Pressekonferenz am 20. September schließlich – sein erster öffentlicher Auftritt drei Tage nach der Fernsehansprache – stellt ein nervös wirkender Fujimori klar, dass er nicht zurückgetreten sei, sondern lediglich Neuwahlen angekündigt habe und auf jeden Fall bis Ende Juli 2001 im Amt bleiben werde. Er habe alles unter Kontrolle, auch die Streitkräfte, und es existiere kein Machtvakuum. Neuwahlen könnte es evtl. im März 2001 geben. Außerdem verteidigt er Montesinos und erklärt, dass dieser von nun an unter besonderem Schutz stünde, um ihn vor terroristischen Anschlägen zu bewahren. Der Aufenthaltsort von Montesinos wird indes weder von ihm noch von den drei Ministern genannt, die ihn in der Pressekonferenz begleiten.

Die Verwirrung ist nun komplett. War die Ankündigung von Neuwahlen und der Auflösung des SIN am Ende gar nicht ernst gemeint? Kontrollieren Montesinos und die Militärs etwa die Situation? Die Skeptiker ob der Fernsehankündigung des Präsidenten sehen sich jedenfalls schon bestätigt. Am Tag der Pressekonferenz gibt nun endlich auch die Armee in einer mit Spannung erwarteten offiziellen Verlautbarung bekannt, dass sie hinter den Entscheidungen des Präsidenten stehe, Neuwahlen abzuhalten und den Geheimdienst aufzulösen, und ferner, dass sie den Entscheidungen des Präsidenten, als dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, auch in Zukunft bedingungslos Folge leisten würde. Was ist also tatsächlich geschehen?

Offensichtlich waren sowohl die Pressekonferenz als auch die Verlautbarung der Militärs das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Fujimori, Montesinos und Vertretern der Armeespitze. Hauptmaterie der Verhandlungen soll das Schicksal Montesinos' gewesen sein. Angeblich soll Fujimori eine Übereinkunft mit Montesinos gesucht und diesem vorgeschlagen haben zurückzutreten, dafür straffrei ausgehen und das Land verlassen zu können. Montesinos dagegen soll zunächst nicht bereit gewesen sein, seine Position aufzugeben und mit einem blutigen Militärputsch gedroht haben. Die Verhandlungen zwischen Fujimori, Montesinos und der Armeespitze sind im weiteren Verlauf äußerst gespannt, führen jedoch später (am 22. September), unter Einschaltung der USA durch ihren Botschafter in Lima sowie, separat, nach Gesprächen zwischen dem brasilianischen Präsidenten Cardoso und Fujimori, zu dem Ergebnis, dass Montesinos das Land verlassen soll, und zwar nach Panama oder Brasilien. Der „Video-Fall“ soll im Gegenzug ad acta gelegt werden. Aber auch die involvierte Armeespitze soll straffrei ausgehen. Es wird beschlossen, einen von Fujimori und den Militärs kontrollierten Übergang bis zu den Neuwahlen zu realisieren. Dazu soll ein Kandidat aus den Reihen der Regierung aufgebaut werden, der die Straffreiheit der Militärs und die Fortsetzung des *Fujimorismo* garantiert (Clarín, 22.9.).

Innerhalb der Bevölkerung und der Opposition wird das Misstrauen gegenüber der Ankündigung Fujimoris, Neuwahlen abzuhalten und den Geheimdienst zu deaktivieren immer größer, und hat die anfängliche Euphorie schon lange verdrängt. Es herrscht weitgehend die Meinung vor – und tatsächlich deutet alles darauf hin –, dass Fujimori nicht die Macht hat, um den Geheimdienst tatsächlich aufzulösen und dass letztendlich die Fortsetzung des *Fujimorismo* ohne Fujimori angestrebt wird. In der angekündigten „Übergangsphase“ würden die alten Strukturen intakt bleiben, das Wahlsystem würde nicht angetastet und Neuwahlen könnten erneut manipuliert werden (Clarín, 22.9., Interview mit Jaime Salinas).

In den frühen Morgenstunden des 24. September setzt sich Montesinos mit einem Privatjet nach Panama ab. Diese „Lösung“ wird nur durch die Intervention der USA, des Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), César Gaviria, sowie der Präsidenten verschiedener lateinamerikanischer Staaten möglich. Die Regierung Panamas hatte nämlich zunächst das Gesuch der peruanischen Regierung abgelehnt,

lenkt aber schließlich zähneknirschend ein. Heftige Reaktionen seitens der Opposition sind die Folge, aber auch innerhalb der OAS sorgt das Verhalten von César Gaviria für Befremden. Schließlich dürfen nach der Interamerikanischen Menschenrechtskommission nur nachweislich in ihren Heimatländern Verfolgte um Asyl bitten. Die Situation ist in der Tat grotesk. Niemals zuvor hat eine lateinamerikanische Regierung zusammen mit den USA und der OAS um politisches Asyl für einen ihrer höchsten Funktionäre nachgesucht, angeblich um die Bevölkerung vor ihm zu schützen! Glaubt man den Versionen der USA, der OAS und der Regierung Panamas, so hatten Montesinos und die peruanischen Streitkräfte mit einem blutigen Staatsstreich gedroht. Der Außenminister Panamas jedenfalls erklärt, seine Regierung habe mit der Aktion ein Blutvergießen in der peruanischen Bevölkerung verhindern wollen. Montesinos erhält in Panama zunächst jedoch nur ein Touristenvisum.

Das iTüpfelchen kommt jedoch erst noch: Die peruanische Regierung genehmigt einen Tag später per Dekret nachträglich den „Rücktritt“ des De-Facto-Geheimdienstchefs Montesinos. Zudem werden darin seine besonderen und wertvollen Verdienste für den peruanischen Staat und das Volk gepriesen. Das wiederum ruft in der peruanischen Opposition erneut helle Empörung hervor.

Während die Gerüchte um einen Militärputsch, der angeblich Montesinos die Rückkehr nach Peru ermöglichen soll, nicht enden wollen, reist Fujimori schließlich am 28. September nach Washington, um dort die notwendige Unterstützung für seinen „Transitionsplan“ zu erhalten.

Hintergrund

Mit den skandalösen Wahlen vom April und Mai dieses Jahres stand die neue Amtszeit des alten Präsidenten von Beginn an unter keinem guten Stern. International dadurch diskreditiert, wird das Regime seither genau beobachtet, insbesondere seitens der USA und der OAS. Die jüngsten Vorfälle haben diesen sensiblen Außenbeziehungen nun einen erneuten Tiefschlag versetzt.

Zehn Jahre lang hat Fujimori die Macht im Staat mit den Streitkräften und seinem Geheimdienstberater geteilt. Vladimiro Montesinos und sein Clan haben in dieser Zeit einen gigantischen Macht- und Korruptionsapparat aufgebaut, von dem nicht nur der De-Facto-Geheimdienstchef selbst, sondern auch hohe, Montesinos nahestehende Militärs in extenso profitiert und sich be-

reichert haben. Immer deutlicher trat in den letzten Wochen das Ausmaß der Korruption und des Machtmissbrauchs in den höchsten militärischen Rängen, die in Waffenschiebereien und Drogenhandel verwickelt sind, zu Tage. Die mittlerweile berühmt gewordenen Video-Aufnahmen, auf denen Montesinos bei der Bestechung des Parlamentsabgeordneten Kouri zu sehen ist, sind in Wahrheit nur die winzige Spitze eines enormen Eisberges. Dies alles wurde möglich, weil über die Jahre der Montesinos-Regentschaft in Geheimdienst und Armee immer wieder wichtige Militärs mittels dubioser Machenschaften aus ihren Positionen entfernt und durch „loyale“ Personen ersetzt wurden. Von dreizehn Generälen, die die Armeespitze bildeten, wurden so neun von Montesinos auf ihre Posten gehievt. Wie dieser selbst, stammen all jene Generäle aus dem Abschlussjahrgang von 1966 der Militärschule in Lima. Sie haben nicht nur politische Macht ausgeübt, sondern auch mafiöse Strukturen aufgebaut.

Die so entstandene „Cosa Nostra“ schirmte sich jedoch nicht nur nach außen ab, sondern ließ auf der anderen Seite auch innerhalb des Militär- und Sicherheitsapparates eine Opposition der Unzufriedenen, Geächteten und Hintergangenen entstehen, insbesondere in den mittleren Rängen der Armee. Dies schuf die Grundlage für eine Spaltung und war auch der Nährboden für die jüngste Eskalation. Die Streitkräfte standen schon seit geraumer Zeit nicht mehr geschlossen hinter Montesinos. Während das Heer, immerhin wichtigste Waffengattung in Peru, weiterhin auf seiner Seite war, hatte sich die Marine bereits distanziert.

Die Unzufriedenheit innerhalb der Streitkräfte, vor allem unterhalb der Spitze, steigerte sich einerseits in dem Maße, in dem das Ausmaß der Korruption und persönlichen Bereicherung unter den von Montesinos installierten Generälen transparent wurde. Andererseits war eine militärische Berufskarriere im „System Montesinos“ scheinbar nur noch über eine Seilschaft zu dem dubiosen Berater möglich und hing von dessen Gutdünken ab. Somit waren die offiziellen Kriterien für einen beruflichen Aufstieg im Militärapparat weitgehend außer Kraft gesetzt und für viele schien der Weg für immer verbaut. Man muss sich zudem vergegenwärtigen, dass die Armee in Peru immer als eine „saubere“ Institution galt, frei von Korruption. Nicht wenige Militärs, die ihre Karriere mit diesem moralischen Imperativ im Hinterkopf angetreten hatten, waren zutiefst enttäuscht und sicherlich jederzeit bereit,

sich an dem „Superberater“ zu rächen. Es gilt als sicher, dass die Video-Bänder aus den Reihen der Militärs – konkret: von einem Marineoffizier – der politischen Opposition zugespielt wurden.²

Fujimori und Montesinos haben indes – selbstverständlich ungewollt – das Ende ihrer Ära selbst herbeigeführt. Mit einer spektakulär inszenierten Pressekonferenz Ende August, in der Fujimori und Montesinos die angebliche Zerschlagung eines Waffenhändlerrings durch den peruanischen Geheimdienst bekannt gaben, sollte mit einem Schlag das Image des dubiosen Beraters eingewaschen und der gleichzeitig unter der Schirmherrschaft der OAS beginnende Dialog zwischen Regierung und Opposition zwecks Demokratisierung des Landes zur Bedeutungslosigkeit verdammt werden. Indes bedeutete die Pressekonferenz den Anfang vom Ende der Regentschaft Fujimoris.

Tatsächlich stellte sich in der Folge immer mehr heraus, dass hohe peruanische Militärs und offensichtlich Montesinos selbst in den „aufgedeckten“ Waffenhandel mit der kolumbianischen *Fuerza Armada Revolucionaria de Colombia* (FARC) involviert waren. Ein Eigentor par excellence. Die Waffen wurden zunächst in einer legalen zwischenstaatlichen Transaktion von Jordanien gekauft, wie die jordanische Regierung mit Dokumenten nachweisen konnte, landeten dann aber nicht, wie vorgesehen, bei der peruanischen Armee, sondern in Händen der FARC (dass heißt, sie wurden während der Transporte über von der FARC kontrolliertem kolumbianischen Territorium mit Fallschirmen abgeworfen). Entscheidend ist freilich, dass dieser Waffenschieberskandal zu einem denkbar heiklen Zeitpunkt öffentlich bekannt wurde, nämlich just während der Implementierung und Finanzierung des *Plan Colombia* zur Drogen- und Guerrillabekämpfung in Kolumbien. Bekanntlich unterstützen die USA den äußerst umfangreichen *Plan Colombia* mit rund 1,3 Milliarden Dollar und bauen in diesem Zusammenhang auf die Solidarität und Loyalität insbesondere der Nachbarstaaten Kolumbiens, auf deren Territorien die Narcoguerrilla ausweichen könnte (Peru, Ecuador, Venezuela und Brasilien).

Dieses außenpolitische Desaster, indem Fujimori plötzlich als Komplize seines Geheimdienstberaters dastand und sich zudem auf internationaler Ebene lächerlich gemacht fühlte, löste

ein innenpolitisches Erdbeben ohnegleichen aus, an dessen Ende Fujimori nur noch Übergangspräsident und Montesinos ins Exil geflohen ist.

Tatsächlich war die internationale Dimension des Waffenskandals ausschlaggebend für den Fall des Regimes Fujimori, der Skandal um das Bestechungsvideo hingegen lediglich ein willkommener Anlass. In den Augen der USA war Peru zum Sicherheitsproblem für die erfolgreiche Implementierung des *Plan Colombia* sowie insgesamt für die Entwicklung der Region geworden. Zum einen hatte sich Fujimori erst kurz zuvor (während des Treffens der südamerikanischen Präsidenten in Brasilien) gegen den *Plan Colombia* ausgesprochen, und die peruanischen Militärs hatten sich schon vorher gegen die Installierung einer nordamerikanischen Militärbasis in der peruanischen Amazonasstadt Iquitos ausgesprochen (ähnlich der US-Basis im ecuadorianischen Manta). Zum anderen legten das Ausmaß der Korruption und die mafiösen Strukturen innerhalb der peruanischen Militärspitze die Fragilität und geringe Verlässlichkeit des Regimes offen.

Der Abgang des Beraters

Bereits nach dem offensichtlichen Wahlbetrug im April hatten USA und OAS die Figur Vladimiro Montesinos, als die immer mehr die Oberhand gewinnende dunkle Seite der Macht in Peru, nur noch zähneknirschend akzeptiert. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Berater Fujimoris der nordamerikanischen Regierung seit geraumer Zeit ein Dorn im Auge gewesen ist. Scheinbar hielt jedoch der nordamerikanische Geheimdienst CIA immer wieder schützend die Hand über ihn. Dort nämlich ist Montesinos ein alter Bekannter. Angeblich soll er aus diesen Seilschaften kein Geheimnis gemacht, sondern sich vielmehr stets damit gebrüstet haben.

Schon in den siebziger Jahren hatte sich Montesinos bei der CIA verdient gemacht, als er peruanische Militärgeheimnisse der damaligen linksgerichteten Militärjunta unter dem General Juan Velasco Alvarado an die CIA verkaufte. Die peruanische Armee versorgte sich seinerzeit vorwiegend aus der Sowjetunion mit Rüstungsgütern und plante außerdem angeblich einen Militärschlag gegen Chile. Montesinos, damals die rechte Hand des Premierministers und Oberkommandierenden der Streitkräfte, Edgardo Mercado Jarrín, hatte Zugang zu den geheimen Dokumenten, die dann beim US-Geheimdienst landeten. Montesinos musste seinerzeit das Land Richtung Argentinien verlassen.

² Es wird außerdem gemunkelt, dass der US-amerikanische Geheimdienst CIA die Video-Aktion „unterstützt“ beziehungsweise Montesinos eine Falle gestellt haben soll.

Später machte sich Montesinos vor allem als Anwalt unter den Drogenbossen Kolumbiens und Perus einen guten Namen. Mehr als einmal konnten seine betuchten Mandanten aus dem Gefängnis „entkommen“ und ihre Gerichtsakten verschwanden jeweils auf mysteriöse Weise. Untersuchungen, die in diesem Zusammenhang gegen Montesinos eingeleitet wurden, sind stets ad acta gelegt worden.

Diesmal brachten Video- und Waffenskandal das Fass zum Überlaufen, Montesinos musste abermals das Weite suchen, und die USA können ihrem ehemaligen Alliierten nur noch bei der Asylsuche behilflich sein.

Wie geht es weiter?

In der auch weiterhin reichlich konfusen Situation sind mehrere Szenarien für die Zukunft denkbar. Die derzeit wahrscheinlichste Möglichkeit ist, dass Fujimori den Übergang kontrollieren und bis Juli 2001 im Amt bleiben wird. Die Tendenz in diese Richtung ist eindeutig: Einige Oppositionspolitiker haben sich schon hinter den Noch-Präsidenten gestellt, um einer angeblichen Putschgefahr seitens der Montesinos verpflichteten Armeespitze zu begegnen. Auch die überraschende Reise Fujimoris nach Washington stand unter diesem Zeichen. Es galt, internationale Unterstützung für den Übergang unter seiner Leitung zu erhalten. Damit sollte zugleich dem Teil der Opposition der Wind aus den Segeln genommen werden, der seinen sofortigen Rücktritt fordert. Viele interpretieren die plötzliche Reise als Ausdruck der innenpolitischen Schwäche des Präsidenten, der seine Machtbasis eingebüßt hat und nun außerhalb Unterstützung suchen muss. In Washington erhielt Fujimori zwar die Zustimmung von Gárriga und Albright, einen geordneten Übergang bis zu den Neuwahlen zu leiten. Die Forderungen seitens der USA und OAS dürften jedoch deren Zusagen bei weitem überwogen haben: so etwa eindeutig nachvollziehbare Schritte zur Wiederherstellung der demokratischen Institutionen, die tatsächliche Übergabe der Macht im Juli 2001, saubere und transparente Wahlen und nicht zuletzt die Auflösung des von Montesinos aufgebauten Spionagenetzes sowie die vollständige Aufklärung des Waffenschieberskandals an die kolumbianische Guerrilla. Ob dies unter Fujimori möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

Die Opposition präsentiert sich in dieser Situation wieder einmal nicht einheitlich. Besonders exponierte Figuren, wie Fernando Olivera oder

auch Alejandro Toledo, scheinen sich nur mit Blick auf die Neuwahlen positionieren zu wollen. Ein „radikalerer“ Teil der parlamentarischen Opposition dagegen, besonders aber die organisierte Zivilgesellschaft, fordern weiterhin vehement den sofortigen Rücktritt des Präsidenten, die Auflösung des jetzigen Parlaments und Neuwahlen in einem Zeitraum von sechs Monaten. Außerdem sollen danach Strafverfahren gegen die in Korruptionsaffären und den Waffenhandelskandal involvierten Militärs eingeleitet und die Verbrechen des Regimes rückhaltlos aufgeklärt werden. An der Spitze einer solchen provisorischen Übergangsregierung soll eine in der Öffentlichkeit völlig integre Person stehen. In aller Munde hierfür ist der Ombudsmann Jorge Santistevan. Letzterer hat dies jedoch bereits abgelehnt. Dennoch könnte der Druck von Seiten der Zivilgesellschaft und der „radikaleren“ parlamentarischen Opposition möglicherweise einen vorzeitigen Rücktritt Fujimoris einleiten. Sehr wahrscheinlich ist dies jedoch nicht.

Daneben gibt es auch erhebliche Anzeichen dafür, dass der *Fujimorismo* auseinanderbricht. Erste Signale dafür sind bereits wahrzunehmen: Mittlerweile haben eine Reihe von Parlamentariern der Regierungskoalition *Peru 2000* ihren Austritt erklärt. Damit hat das Regierungsbündnis ihre erst kürzlich erkaufte Mehrheit bereits wieder verloren und verfügt (nach dem Stand vom 30. September) nunmehr lediglich über 54 der 120 Sitze im Parlament. Zudem werden Zwistigkeiten innerhalb des *Oficialismo* inzwischen offen ausgetragen, und die vorher verdeckt gehaltene Spaltung innerhalb des *Fujimorismo* wird immer deutlicher. Ein solcher Auflösungsprozess würde eine nicht von Fujimori gelenkte Transition möglicherweise beschleunigen. Auch José Portillo, ehemaliger Chef der *Oficina Nacional de Procesos Electorales* (ONPE) und Alipio Montes de Oca, einst Präsident des *Jurado Nacional de Elecciones* (JNE) – beides Schlüsselfiguren für den Wahlbetrug im April – sind bereits zurückgetreten. Nunmehr fehlt lediglich der Rücktritt der dubiosen Generalstaatsanwältin Blanca Nélida Colán, lange Zeit die von Montesinos eingesetzte zentrale Figur in der Kontrolle des Justizapparates durch die Exekutive. Angeblich steht ihr Rückzug unmittelbar bevor. Es sieht also momentan danach aus, als ob die tragenden Säulen des *Fujimorismo* schon vor dem Abgang des Präsidenten verschwinden würden. Fraglich in einem solchen Szenarium bleibt indes, ob Fujimori und seine Gruppierung bis Juli 2001 als „Organisatoren des Übergangs“ diese Situation

durchhalten oder ob das Regierungsbündnis *Peru 2000* samt seiner Mitglieder von der politischen Bühne verschwinden wird.

Obwohl ein Militärputsch noch immer nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden kann – die Gerüchte hierüber wollen nicht enden –, ist mit dieser Möglichkeit kaum zu rechnen. Einer der rasch aus dem Regierungsbündnis wieder ausgetretenen „Überläufer“, der Kongressabgeordnete Miguel Mendoza del Solar, hat zwar erst vor einigen Tagen vor der Presse behauptet, er und andere Abgeordnete seien von einer Gruppe Militärs dazu gezwungen worden, einen Unterstützer-Block für Montesinos zu bilden und ein Klima der Unsicherheit und des Chaos im Kongress zu stiften, um so einen Staatsstreich im Zeitraum von 20 Tagen zu rechtfertigen. Doch scheint dies eher einer Strategie der Militärspitze zu entsprechen, die Angst vor einem Putsch zu schüren, um in diesem Klima der Verunsicherung die eigene Straflosigkeit zu „verhandeln“. Tatsächlich hätte ein Putsch keinerlei Überlebenschance, da eine Militärregierung sofort mit Wirtschaftssanktionen überzogen würde. Auch die Chancen der Straflosigkeit für die korrupten Militärs würde dann auf den Nullpunkt sinken.

Allerdings werfen die Putschdrohungen und die Tatsache, dass niemand aus dem bisher von Montesinos kontrollierten Militär- und Sicherheitsapparat bis dato seine Position geräumt hat, die Frage danach auf, welche Fäden der Ex-Gehemdienstberater tatsächlich noch in der Hand hält. Das nach seiner Ausreise von der Regierung verfasste Dekret zu Montesinos, in dem er als Held des Vaterlandes gepriesen wird, das von der Staatsanwaltschaft bereits eingestellte Verfahren wegen Korruption sowie das vermeintlich noch vorhandene Erpressungsmaterial deuten darauf hin, dass viele Schlüsselfiguren des *Fujimorismo* noch unter dem Einfluss von Montesinos stehen und Überraschungen nicht ausgeschlossen sind. Andererseits zeigt die Aussage des oben erwähnten Parlamentsabgeordneten über die angebliche Gefahr eines Putsches auch, dass die Macht von Montesinos langsam schwindet und der von ihm

aufgebaute Apparat mit der Zeit in sich zusammenbricht.

Während die maoistische Guerrilla *Sendero Luminoso* und das Desaster der Regierung Alan García in der zweiten Hälfte der 80er Jahre den Untergang der traditionellen politischen Parteien in Peru und den Beginn einer Dekade des Autoritarismus unter Alberto Fujimori einleiteten, so bedeuten die jüngsten Ereignisse möglicherweise einen neuerlichen politischen Umbruch, mit dem die vom *Fujimorismo* geprägte Dekade des Autoritarismus und der „Politik der Antipolitik“ endet. Es bleibt zu hoffen, dass nun ein Ruck nicht nur durch die politische Klasse Perus, sondern insgesamt durch die Zivilgesellschaft geht, aktiv und gemeinsam an der Wiederherstellung demokratischer Institutionalität, politischer Repräsentanz und eines tatsächlichen Wandels mitzuwirken.

Quellen:

Resumen Semanal, DESCO, Lima:

<http://www.desco.org.pe/rs-in.htm>

Que Hacer, DESCO, Lima:

<http://www.desco.org.pe/qh/qh-in.htm#QH>

Caretas: <http://www.caretas.com.pe/>

El Comercio: <http://www.elcomercioperu.com.pe>

Clarín: <http://www.clarin.com/diario/hoy/>

El País: <http://www.elpais.es/>

El Nuevo Herald: <http://www.elherald.com>

Die peruanische Nachrichtenagentur *imediaperu*:
www.imediaperu.com

Autorennotiz: Andreas Steinhäuf, Ethnologe, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde. Länderschwerpunkte: Peru, Ecuador und Bolivien. Themenschwerpunkte: Informeller Sektor, Migration, soziale Netzwerke, Multikulturalität und politische Akteure. E-mail: steinhauf@public.uni-hamburg.de

Schriftenreihe

Band 51

Judith Schultz

Präsidentielle Demokratien in Lateinamerika. Eine Untersuchung der präsidentiellen Regierungssysteme von Costa Rica und Venezuela

Frankfurt/M.: Vervuert 2000, 415 Seiten

ISBN 3-89354-251-5 DM 68,00

Zur Überprüfung der Hypothese von der Inflexibilität präsidentieller Regierungssysteme in Krisensituationen wurde eine umfassende Bestandsaufnahme aktueller verfassungsrechtlicher Ausgestaltungen 18 lateinamerikanischer Regierungssysteme vorgenommen und in einem umfangreichen Tabellenteil übersichtlich dargestellt. Eine Bewertung der verschiedenen Regelungen dieser „parlamentarisierten“ Systeme sollte die Frage nach deren theoretisch „idealer“ Ausformung beantworten.

Dieser „Idealtypus“ wurde genauso wie die Eingangshypothese anhand der *prima vista* erfolgreichen, langlebigen präsidentiellen Demokratien von Costa Rica und Venezuela überprüft. Nach eingehender Darstellung ihrer Geschichte sowie ihrer verfassungs- wie wahlrechtlichen Grundlagen wurden beide Regierungssysteme schließlich in ihrer Verfassungswirklichkeit hinsichtlich der Entwicklung des Parteiensystems sowie der Interaktionsmuster zwischen Exekutive und Legislative in Krisensituationen untersucht.

Während die Eingangshypothese anhand der Länderstudien nicht widerlegt werden konnte, wurde allerdings eine Korrektur des „Idealtypus“ nötig. Die Erfahrungen in Costa Rica und Venezuela verdeutlichen, wie wichtig eine starke Legislative ist, damit das präsidentielle Regierungssystem nicht aus dem Gleichgewicht gerät.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>